BLAUER RUNDBRIEF – KW 35/2026

AfD-Kreisverband Bautzen

Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen 4

Volksantrag gegen Windkraftausbau 4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse 5
Wahlkampfunterstützung in Mecklenburg-Vorpommern | Karsten Hilse, MdB 5
24./25.8.2026 5
26.8.2026 5
27.8.2026 6
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026 6
Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten 7
DAS NEUE ASYLSYSTEM FUNKTIONIERT NICHT 7
Regionalgruppe Bautzen 11
Aktion zur Mitgliedergewinnung 11
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen 12
Druckausgabe Blaue Post Bautzen 12
Archiv Blauer Rundbrief 13

Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag 13

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag 13
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 23.8.2026 13
Die Sonntagskolumne im Audio-Format 15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.8.2026 15
Nein zum digitalen Euro! Nein zur schrittweisen Abschaffung des Bargeldes! 15
CDU unterschätzt Clan-Kriminalität seit sieben Jahren! 16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.8.2026 17
AfD-Anfrage: Nur 5 Prozent der linken Straftäter werden verurteilt! 17

AfD deckt auf: 57 Prozent der ausländischen Ärzte haben 2026 Sprachprüfung nicht bestanden! 17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.8.2026 18
Haushalt: Regierung verprasst Steuergeld für Bürokratie, linke NGOs und Asylbewerber! 18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.8.2026 18
Sachsen erleidet Milliardenverlust: Wohnungsbau durch Steuersenkungen ankurbeln! 18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.8.2026 19
AfD-Antrag: CO2-Steuer abschaffen! 19
AfD-Anfrage: Fleischuntersuchungsgebühr in Sachsen mehr als 30-mal höher als in Polen 20
U-Ausschuss Corona – Unser Fazit: Chefarzt entlarvt Verlogenheit der Regierung! 20
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 22
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland 22
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 22
Sie sind Unternehmer und führen Ihr eigenes Unternehmen? 22
Positionspapier „So retten wir Deutschland“ 23
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken 23
Was Merz Dir nicht erzählt … 23
Ministerien reduzieren! 24
Mario bleibt Kartellchef! 24
Deutsch denken! 24
Deutschland hat von dieser Koalition nichts mehr zu erwarten! 25
Lächerlich! Baerbock kein Vorbild! 26
Briefwahl zur absoluten Ausnahme machen! 26
Das System Baerbock 27
Schwarz-Rot-Gold statt Regenbogen! 28
Absurde Zuckersteuer sofort abschaffen! 28
Asylbewerber zur Arbeit verpflichten 29
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt 29
Sachsen-Anhalt | Neue Umfrage sieht AfD 22 Prozentpunkte vor der CDU 29
Uli gibt Vollgas: Tausende bei Wahlkampf-Endspurt! 29
Langjähriger CDU-Kommunalpolitiker wechselt zur AfD 29
Nach Vorwürfen aus Zeit als DDR-Grenzoffizier: Co-GdP-Chef Sven Hüber tritt zurück 29
Sachsen-Anhalt | Polizei bereitet sich auf Straßenkämpfe im Falle eines AfD-Wahlsiegs vor 29

AfD liegt im ganzen Osten jetzt bei 43 Prozent....29
Verdacht auf gefälschten Bundestagsausweis: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Linken-Abgeordneten Koçak....29
Spreken berlins Pulizisten nix gut deutsch mehr?....29
Nach Misstrauensvotum: Voigt, Mann der Linken....30
„Werde mich nicht klein machen lassen“ – AfD scheitert in Thüringen mit Misstrauensvotum gegen Voigt....30
Russland lässt international nach FAZ-Journalisten fahnden....30
«Die Brandmauer bricht uns das Genick»....30
Video-Empfehlungen....30
AfD-Chefin Weidel siegessicher: "Wir werden regieren" | ZDF-Sommerinterview 23.8.2026..30
„Frag Selbst“ im ARD-Sommerinterview mit Tino Chrupalla....30
MACHT. MENSCH. SIEGMUND. — Das große DK-Porträt über Ulrich Siegmund....30
Das Duell – Sven Schulze vs. Ulrich Siegmund....30
Informationskanäle der AfD....30
Unabhängige Medien....31
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen....31
Radio Klartext....31
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft....31
NIUS – Die Stimme der Mehrheit....31
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung....31
Deutschland-Kurier....31
{ungeskriptet} by Ben....31
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen....31
Regionalgruppen im KV Bautzen....33
SPENDENKONTO....33
KONTAKT:....33

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Volksantrag gegen Windkraftausbau
#stoppmal



Mit **https://volksantrag.org/** zum sächsischen Windkraftmoratorium!

Wir als Kreisverband Bautzen unterstützen diesen Antrag und sammeln Unterschriften in unseren Bürgerbüros in Bautzen, Hoyerswerda, Kamenz und Königsbrück!

Kommen Sie vorbei und helfen sie uns dabei, 40.000 Unterschriften zu sammeln!

BAUTZEN, Postplatz 1
HOYERSWERDA, Spremberger Str. 11
KAMENZ, Klosterstr. 4
KÖNIGSBRÜCK, Weißbacher Str. 23

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Wahlkampfunterstützung in Mecklenburg-Vorpommern | Karsten Hilse, MdB



24./25.8.2026
Eine Woche Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern!

Heute Abend wird noch plakatiert, morgen am Tage Dörfertour rund um die Feldberger Seenlandschaft und abends Veranstaltung mit den Direktkandidaten in Neubrandenburg!

26.8.2026
Beim Infostand in Tribsees unterstützte Karsten Hilse den Direktkandidaten **Jan Steinfurth AfD**.
Für den 20. September gilt: Beide Stimmen für die AfD!









27.8.2026



Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026



Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:
Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten

DAS NEUE ASYLSYSTEM FUNKTIONIERT NICHT
Wie europäische Regeln ausgehebelt werden – und Deutschland die Folgen trägt

I. Einleitung: Der politische Anspruch des GEAS

Die Europäische Union verkauft das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) – basierend auf der zentralen Asylverfahrensverordnung (Verordnung (EU) 2024/1348) – als historischen Wendepunkt: sichere Außengrenzen, lückenlose biometrische Registrierung, restriktive Schnellverfahren und beschleunigte Rückführungen. Doch ein Gesetz funktioniert nur, wenn es durchsetzbar ist. Genau an dieser Kontroll- und Vollzugsebene scheitert die europäische Migrationspolitik seit über einem Jahrzehnt.

II. Der europäische Realitäts-Check: Blockade und Versagen

Das Grundproblem beginnt an der geografischen Außengrenze der EU, wo ein tiefer, struktureller Interessenkonflikt zwischen den Mitgliedstaaten das System lähmt. Erstankunftsländer wie Italien, Griechenland oder Kroatien weigern sich beharrlich, die logistische und finanzielle Last für Gesamteuropa zu tragen und zu reinen „Dauer-Auffanglagern“ degradiert zu werden. Die erarbeitete Praxis der Grenzstaaten ist daher simpel: Sie registrieren Migranten absichtlich unvollständig, schlampig oder verzögert im Eurodac-System, verzichten auf Fingerabdrücke und lassen die Menschen nach Norden durchreisen. Das teure IT-Infrastrukturprojekt Eurodac wird so administrativ neutralisiert; Millionenschwere Investitionen des Bundeskriminalamts (BKA) laufen mangels Datenqualität im Inland ins Leere.

Gleichzeitig greift die logische Gegenkomponente der Reform – der verpflichtende Solidaritätsmechanismus – komplett ins Leere. Während Kernstaaten wie Deutschland und Frankreich über eine „Migrationsdruck-Anzeige“ in Brüssel aufgrund historisch hoher Aufnahmezahlen legal von Ausgleichszahlungen und Kontingenten befreit sind, boykottieren osteuropäische Staaten (allen voran Ungarn) das System offen. Sie sitzen Vertragsverletzungsverfahren aus und verweigern die vertraglich vereinbarten Strafzahlungen von ca. 20.000 Euro pro abgelehnter Person. Der europäische Solidaritätstopf bleibt faktisch leer, und finanzielle Hilfen fließen nicht an die belasteten Kommunen. Stattdessen zweckentfremden Grenzstaaten bereitgestellte EU-Milliarden für den rein physischen Festungsbau (Zäune, Drohnensysteme) und blockieren EU-Agenturen wie Frontex oder die EU-Asylagentur (EUAA) operativ, um informelle Pushback-Praktiken auf dem Meer ungestört fortzuführen. Deutschland bleibt als primäres Ziel dieser unregulierten Sekundärmigration der Hauptleidtragende des administrativen Kontrollverlusts.

III. Die Bruchstellen des Rechtsstaates: Anwälte, NGOs und die Fristenfalle

Die Umgehungsmöglichkeiten enden jedoch nicht an der Außengrenze. Im Inland nutzen NGOs, zivilgesellschaftliche Verbände und spezialisierte Asylrechtsanwälte konsequent jeden vorhandenen Rechtsweg. Politisch und praktisch relevant wird dies an den Sollbruchstellen der deutschen Justiz- und Behördenstruktur, wo das gesetzliche 12-wöchige Grenzverfahren gezielt ausgehebelt wird:

Ankunft am Flughafen / Transit/ Binnengrenze

▼

NGOs: Beratung zur Verzögerung des 12 Wochenverfahrens

▼ Hebel 1

Gezielte Geltendmachung von Vulnerabilität (Trauma, Krankheit)

▼ Rechtlicher Ausschluss der Zurückweisung

▼ Hebel 2

Systematisches Fristen-Splitting

Massenhafte, komplexe Eilklagen

▼ Gericht schafft 12 Wochen nicht

ABBRUCH des Grenzverfahrens an Tag 84 / Automatismus

Es folgt: Überstellung in das Inlandsverfahren

1. **Der Vulnerabilitäts-Hebel:** Das Grenzverfahren darf laut Gesetz nicht bei Personen angewendet werden, deren medizinische oder psychologische Betreuung in den Lagern nicht gewährleistet ist. Große Verbände (Pro Asyl, Flüchtlingsräte, Diakonie) betreiben direkt an den Aufnahmeeinrichtungen ein Rechtshilfe-Screening. Da die Grenzlager über keine komplexen medizinischen Strukturen verfügen, führt das gezielte Beibringen psychiatrischer Gutachten (z. B. Nachweis von PTBS oder akuter Suizidalität) über vermittelte Fachärzte zum sofortigen Abbruch des Grenzverfahrens und der Verlegung ins Inland.
2. **Das Fristen-Splitting über den Eilrechtsschutz (§ 34a AsylG):** Anwälte nutzen standardisierte, hochkomplexe Textbausteine für Eilklagen gegen negative BAMF-Bescheide. Obwohl Klagen im Grenzverfahren im Regelfall keine aufschiebende Wirkung entfalten, darf bis zur Entscheidung über den Eilantrag nicht abgeschoben werden. Weil das BAMF für die Erstentscheidung nur acht Wochen und die Verwaltungsgerichte für das Eilverfahren nur zwei Wochen Zeit haben, führt die personelle Unterbesetzung der Justiz in Kombination mit unvollständigen Akten oder späten Beweisen fast immer zum Fristenkollaps. Wird die harte 12-Wochen-Gesamtfrist (84 Tage) gerissen, erlischt die rechtliche „Fiktion der Nichteinreise“ zwingend – der Staat muss die Einreise ins Bundesgebiet gestatten, und der Fall geht ins Inlandsverfahren über.

IV. Logistische Schlupflöcher und die Blockade der Herkunftsländer

Zusätzliche Kontrollverluste entstehen durch den Transit-Trick im Luftverkehr. Migranten buchen Linienflüge aus Drittstaaten in visafreie Länder mit einem planmäßigen Umstieg im internationalen

Transitbereich eines deutschen Großflughafens. Da für den reinen Aufenthalt im Transitraum kein deutsches Visum erforderlich ist, prüfen Airlines beim Boarding im Ausland lediglich das Ticket des Endziels und sehen weg, um Bußgelder zu vermeiden. Nach der Landung verlässt der Passagier den Transitbereich nicht, sondern stellt ein Asylgesuch, wodurch das völkerrechtliche Refoulement-Verbot die Rückflugpflicht der Airline sofort außer Kraft setzt. Die Bundespolizei arbeitet an den Flughäfen im Dauerkrisenmodus.

Noch gravierender ist das Scheitern des Dublin-Rücknahme-Systems. Stellt das BAMF fest, dass ein anderer EU-Staat zuständig ist, sabotiert dieser die Übernahme administrativ. Italien oder Griechenland ignorieren Übernahmeersuche, verweigern Landerechte für Charterflüge oder melden künstlich „fehlende Kapazitäten“. Über 90 Prozent der Dublin-Rückführungen scheitern. Verstreicht die gesetzliche Überstellungsfrist von meist sechs Monaten ungenutzt, wird Deutschland automatisch dauerhaft zuständig.

Der finale und wirkungsvollste Hebel gegen Rückführungen ist jedoch die **Blockade der Herkunftsländer** (z. B. Marokko, Algerien, Syrien). Diese verweigern systematisch die Zusammenarbeit, stellen absichtlich keine Passersatzpapiere aus oder verweigern Rücknahme-Charterflüge. Gleichzeitig sind die im Ausland geplanten Abschiebezentren – die sogenannten **„Return Hubs“** – bis auf ein rechtlich instabiles italienisches Pilotprojekt in Albanien (Shengjin/Gjadër) reine Zukunftsmusik. Potenzielle Partnerstaaten wie Ghana, Senegal oder Usbekistan erteilten den EU-Plänen Absagen oder fordern astronomische finanzielle Gegenleistungen sowie Visa-Erleichterungen für ihre eigenen Bürger. Da physische Abschiebungen ohne gültige Heimreisedokumente unmöglich sind, scheitern Rückführungen an der deutschen Grenze. Mangelnde Haftplätze (bundesweit existieren weniger als 1.200 Abschiebehaftplätze) zwingen die Ausländerbehörden dazu, Ausreisepflichtige gar nicht erst festzusetzen, sondern ihnen direkt eine Duldung auszustellen.

V. Die Paragraphen-Kette der Aufenthaltsverfestigung im Inland

Sobald das Grenzverfahren kollabiert und die Person im Inland ist, startet das reguläre deutsche Aufenthaltsrecht eine gesetzlich verankerte Kette, die den dauerhaften Aufenthalt über den reinen Zeitablauf quasi automatisiert einleitet. Nach dem endgültigen Wegfall des befristeten Chancen-Aufenthaltsrechts (§ 104c AufenthG) zum **1. Januar 2026** – aus dessen 18-monatiger Bewährungsphase Altfälle noch bis zum 30. Juni 2027 den Übergang beantragen können – existiert zwar keine pauschale Amnestie mehr. Stattdessen greifen die reformierten regulären Bleiberechtsregelungen als direkte Nachfolgewege für ausreisepflichtige Personen im System:

[Fristablauf Grenzverfahren] ➔ [Inland] ➔ § 60a (Duldung) ➔ § 60d (Beschäftigung) oder Zeitablauf ➔ § 25a/b (Bleiberecht)

1. **Schritt 1: Die Duldung (§ 60a AufenthG):** Aufgrund der herkunftsbedingten Passlosigkeit wird die Duldung zum behördlichen Standard. Selbst eine verhängte Duldung „light“ (§ 60b AufenthG) für Personen mit ungeklärter Identität schützt physisch vor Abschiebung.
2. **Schritt 2: Die wirtschaftliche Spur (§ 60d AufenthG):** Nimmt der Geduldete (oft vermittelt durch NGOs) eine Arbeit im Umfang von mindestens 20 Stunden pro Woche auf und sichert seinen Lebensunterhalt, blockiert diese Beschäftigungsduldung die Abschiebung rechtlich. Wobei er dann oft als Aufstocker weiter im Sozialsystem verbleibt.

3. **Schritt 3: Der Verfestigungs-Automatismus (§ 25a & § 25b AufenthG):** Das Gesetz belohnt den reinen Verbleib im Inland. Gut integrierte Jugendliche und junge Volljährige (14–26 Jahre) erhalten nach **3 Jahren** Aufenthalt über **§ 25a AufenthG** ein dauerhaftes Bleiberecht, sofern sie eine Schule besuchen oder einen Abschluss vorweisen. Für Erwachsene greift **§ 25b AufenthG** (nachhaltige Integration): Nach **6 Jahren** (Alleinstehende) bzw. **4 Jahren** (mit minderjährigen Kindern) wandelt sich die Duldung bei einfachen Sprachkenntnissen (A2) per Gesetz in einen regulären, dauerhaften Aufenthaltstitel um.

Hinweis zur Abgrenzung: Diese migrationsrechtliche Spurwechsel-Amnestie darf nicht mit dem historischen Einbürgerungsrekord von 332.500 Personen im Jahr 2025 vermengt werden. Jener Rekord basiert auf der Zuwanderungswelle von 2015/16 sowie der Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit auf fünf Jahre inklusive Erlaubnis der doppelten Staatsbürgerschaft durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts Mitte 2024. Für eine Einbürgerung ist die eigenständige Lebensunterhaltssicherung zwingend; das System Duldung hingegen betrifft vollziehbar Ausreisepflichtige.

VI. Zivilgesellschaftliche Intervention und Unterlaufen von Sanktionen

Ergänzend wird das System durch zivilgesellschaftliche Netzwerke gestützt, die staatliche Sanktionen legal neutralisieren. Das Bundesverfassungsgericht setzt über das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum eine unumstößliche Untergrenze: Der physische Entzug von Unterkunft und Nahrung zur Migrationssteuerung ist verfassungswidrig. Die neu eingeführte Bezahlkarte zur Bargelddeckelung (auf meist 50 Euro) und Unterbindung von Auslandsüberweisungen wird flächendeckend durch Initiativen und Flüchtlingsräte via „Solidarischem Kartentausch“ unterlaufen. Asylsuchende erwerben mit der Karte in Supermärkten reguläre Universalgutscheine (Rewe, Lidl, dm) und tauschen diese an zivilen Sammelstellen 1:1 gegen Bargeld aus NGO-Spendenpools. Da das Verschenken rechtmäßig erworbener Gutscheine in Deutschland legal ist, läuft die finanzielle Austrocknung ins Leere. Droht nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel die finale Abschiebung, bietet das Kirchenasyl als letzter zivilgesellschaftlicher Schutzraum eine informelle Möglichkeit, behördliche Fristen schlicht verstreichen zu lassen.

VII. Die konkreten Folgen für die Kommunen

Da die Filterwirkung an den Außengrenzen und Flughäfen durch diese ineinandergreifenden Praxen flächendeckend versagt, wird der reale Migrationsdruck ungedämpft über das EASY-Verteilungssystem nach unten durchgereicht. Die Landkreise, Städte und Gemeinden stehen am Ende dieser Kette und müssen die administrative und finanzielle Differenz zwischen dem politischen Anspruch in Brüssel und der realen Praxis vor Ort materiell ausbaden:

- **Infrastruktur- und Wohnungskollaps:** Die Kommunen sind gesetzlich zur Unterbringung verpflichtet. Da niemand das Land verlässt, Gemeinschaftsunterkünfte jahrelang blockiert bleiben und Geduldete nach Zuspruch der Paragraphen § 25a/b direkt auf den angespannten sozialen Wohnungsmarkt drängen, müssen Kommunen zu extrem teuren Notlösungen greifen und dauerhaft Sporthallen, Containerdörfer oder Hotels anmieten.
- **Sozialer Kollaps bei Schule und Kita:** Mit dem Übertritt ins Inlandsverfahren zieht zwingend die gesetzliche Schulpflicht. Den Kommunen fehlen akut tausende Lehrer, Kitaplätze, Räumlichkeiten und Integrationshelfer, um die Pflicht für nachgerückte Kinder ohne Vorbereitungszeit umzusetzen.

- **Finanzielle Dauerlast (Konnexitätsproblem):** Bundespauschalen decken die kommunale Realität selten ab. Bei geduldeten Personen tragen Städte erhebliche Kosten der Krankenhilfe. Sobald der Status über das Bleiberecht verfestigt ist, rutschen die Personen in die reguläre Grundsicherung, wodurch die Kommunen massive Dauerkosten bei den Kosten der Unterkunft (KdU) tragen müssen.
- **Verwaltungsstau in den Ausländerbehörden:** Lokale Behörden ersticken im bürokratischen Mehraufwand, tausende Duldungen permanent manuell zu verlängern, Arbeitserlaubnisse zu prüfen und Sachleistungen händisch zu verwalten, die durch den Gutscheintausch erzwungen werden. Das Personal ist derart blockiert, dass für die eigentlich politisch gewollte, gesteuerte Migration – wie die schnelle Visavergabe für dringend benötigte ausländische Fachkräfte – keinerlei Kapazitäten mehr vorhanden sind.

Der Kern des Asylsystems ist daher kein Mangel an Gesetzen, sondern ein massives, systematisches Durchsetzungsdefizit an den Schnittstellen von europäischer Solidarität, nationaler Justiz und zivilgesellschaftlicher Praxis. Solange Einreise, Grenzregistrierung und Rückführung an den Schnittstellen blockiert werden, bleibt jede gesetzliche Verschärfung wirkungslos. Europa beschließt – Deutschland verwaltet – die Kommunen bezahlen.

Zum Schutz unsere Kommunen und Landkreis fordere ich alle Beteiligten auf, vor dem Ablauf der seit Juni laufenden 12 Wochenfrist, Strategien zu entwickeln, um der neuen drohenden Migrantenflut, entgegenzutreten. Das System kollabiert!

Timo Schreyer, MdL
28. August 2026

Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung
Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe Bautzen weitere Mitglieder zu gewinnen, verteilen wir derzeit diese Flyer. Im Innenteil befindet sich der aktuelle Mitgliedsantrag direkt zum ausfüllen.
Wer uns bei der Verteilung unterstützen möchte, meldet sich bitte zu den Öffnungszeiten im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	29.08.2026	10.oo-14.oo Uhr	Malschwitz, OT Dubrauke "Kulturbaracke am Sportplatz"	SIMSON-TREFFEN BAUTZEN Eintritt frei!
Mi	02.09.2026	19.oo Uhr	Kulturhaus Laubusch Hauptstr. 10 02991 Lauta OT Laubusch	AfD-Fraktion Sachsen vor Ort mit Jörg Urban, Fraktionsvorsitzender und Doreen Schwietzer, Sprecherin für Familienpolitik
Sa	19.09.2026	10.oo-12.oo Uhr	Lausitzer Platz Hoyerswerda	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda
Sa	19.09.2026	16.oo-22.oo Uhr	Nähe Bautzen (genauer Ort nach Anmeldung)	OKTOBERFEST der Generation Sachsen Anmeldung an nicole.scharpe@afdbautzen.de
Mo	28.09.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	29.09.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	16.oo-18.oo Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.
Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:
https://afdsachsen.de/blaue-post-bautzen-ausgabe-april-2026/

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:
https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/

Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag
Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!
Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 23.8.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

in der Schweiz kommen die Züge pünktlich.

In der Schweiz sind die Steuern und Sozialabgaben verhältnismäßig niedrig.

In der Schweiz gibt es noch Schulen, die erfolgreich Mathematik und Naturwissenschaften vermitteln.



Und: In der Schweiz dürfen die Bürger natürlich auch in Form von Volksentscheiden direkt mitbestimmen.

Bald ist es wieder so weit: Am 27. September stimmen die Eidgenossen über die sogenannte Neutralitätsinitiative ab. Sie wurde maßgeblich von der nationalkonservativen SVP vorangetrieben, findet aber ebenso im linken Lager Unterstützer.

Die Initiative unter dem Motto „Kein Krieg. Ja zur Schweizer Neutralität“ will nicht nur eine militärische Beteiligung an fremden Kriegen verhindern. Sie geht weit darüber hinaus: Die Schweiz dürfe sich auch nicht an Wirtschaftssanktionen beteiligen, sofern es dafür keinen Beschluss der Vereinten Nationen (UN) gibt.

Hintergrund dieses Vorstoßes ist der Druck der Europäischen Union auf die Schweiz. Der deutsche Außenminister Johann Wadephul (CDU) bedankte sich erst vor wenigen Tagen bei der Schweiz dafür, ebenfalls Russland-Sanktionen eingeführt zu haben.

Diese Sanktionen müssten nun „verstärkt“ werden, forderte Herr Wadephul die Schweiz auf. Zudem warb er bei unseren Nachbarn dafür, der Ukraine „zusätzliche Mittel“ zur Verfügung zu stellen.

Diese Bevormundung ist für viele Schweizer unerträglich. Die Schweiz braucht keine Nachhilfe – und schon gar nicht von einem Außenpolitiker, der andere Präsidenten mit „aggressiven“ und „hungrigen“ Raubtieren gleichsetzt und zukünftige Partnerschaften ausschließt, indem er andere Länder zum „ewigen Feind“ erklärt.

Herr Wadephul hat Deutschland mit seinem kriegslüsternen Kurs schweren Schaden zugefügt. Die Schweiz dagegen hat sich erfolgreich aus zwei Weltkriegen herausgehalten. Genf, im französischsprachigen Teil der Schweiz gelegen, ist auch deshalb seit 1946 die „Welthauptstadt der Diplomatie“.

Diese herausgehobene Stellung ist aktuell jedoch bedroht. Wenn sich die Schweiz von der Europäischen Union oder Deutschland dazu verleiten lässt, in internationalen Konflikten Partei zu ergreifen, dann verlieren wir in Europa ein Zentrum der Diplomatie. Doha, die Hauptstadt von Katar, strebt schon seit längerem diese Rolle an.

Diese Gefahr vor Augen schlägt die Neutralitätsinitiative vor, eine Zusammenarbeit mit Militärbündnissen nur für den Fall eines direkten Angriffs zu erlauben. Auch das ist ein wichtiges Signal, da die Schweiz im Juli einer NATO-Agentur für gemeinsame Munitionskäufe beigetreten ist.

Im September können die Schweizer nun also darüber entscheiden, ob es zu einer immer weiteren Aufweichung der Neutralität oder zu ihrer Ausweitung kommen soll.

Allein dieses ergebnisoffene, basisdemokratische Vorgehen imponiert mir. Es ist richtig, die Bürger über die großen Fragen ihres Landes abstimmen zu lassen. Seit ihrer Gründung fordert die AfD deshalb, sich in Bezug auf die direkte Demokratie an der Schweiz zu orientieren.

Auch in der Sache selbst bin ich nah bei der Initiative für mehr Neutralität. Die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Krieg war ein teurer und blutiger Fehler. Die Unterstützung der korrupten und undemokratischen Ukraine übertrifft diesen Einsatz allerdings noch bei weitem.

Von 2001 bis 2021 hat der Krieg in Afghanistan Kosten in Höhe von knapp 20 Milliarden Euro für die deutschen Steuerzahler verursacht. Danach flossen innerhalb von lediglich vier Jahren gleich über 90 Milliarden Euro von Deutschland in die Ukraine für Waffen und sonstige Hilfen. Hinzu kommen sowohl bei Afghanistan als auch der Ukraine Milliarden für die Versorgung von Migranten aus diesen Ländern in der Bundesrepublik.

Deutschland sollte daher in seinem eigenen Interesse genauso wie die Schweiz „Mehr Neutralität wagen“.

Das betrifft auch uns in Sachsen: Wir wollen mit unseren Flughäfen nicht das Drehkreuz für Kriege in aller Welt sein. Wir wollen friedliche Beziehungen in alle Himmelsrichtungen und dazu ist es in den allermeisten Fällen am besten, sich aus fremden Konflikten herauszuhalten.

Unser Ziel muss es sein, über intensiven Handel und kulturellen Austausch Brücken zu bauen. Denn: Krieg kostet Wohlstand, während Frieden den Wohlstand in unserem Land vermehrt.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban
https://afd-fraktion-sachsen.de/vorbild-schweiz-ja-zu-mehr-neutralitaet-und-direkter-demokratie/

Die Sonntagskolumne im Audio-Format
Nur auf Telegram: https://t.me/joergurbansachsen

PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.8.2026

Nein zum digitalen Euro! Nein zur schrittweisen Abschaffung des Bargeldes!
Mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 8/7749) hat der AfD-Abgeordnete Alexander Wiesner CDU-Finanzminister Christian Piwarz aufgefordert, offenzulegen, wie sich der Freistaat Sachsen auf die angekündigte Einführung des digitalen Euro vorbereitet.



Dazu erklärt Alexander Wiesner:

„Die sächsische Regierung hat sich im Bundesrat zustimmend zum digitalen Euro positioniert. Wie ein Höchstmaß an Sicherheit und der Schutz der Privatsphäre gewährleistet werden sollen, kann CDU-Finanzminister Piwarz jedoch nicht sagen und vertraut in diesem Punkt auf die Bundesbank.

Die AfD lehnt die Einführung des digitalen Euro zum gegenwärtigen Zeitpunkt entschieden ab, weil wir befürchten, dass dieser digitale Euro zum gläsernen Bürger und einem allumfassenden Überwachungsstaat führt.

An dieser negativen Entwicklung wirkt auch die sächsische Regierung mit. Obwohl CDU-Finanzminister Piwarz behauptet, dass keine schrittweise Abschaffung des Bargeldes geplant sei, hat sich die Regierung trotzdem im Bundesrat bei der digitalen Bezahlpflicht lediglich enthalten.

Der Bundesrat fordert eine digitale Bezahlpflicht in allen Geschäften des Alltags. Jeder Bäcker, jede Imbissbude und jeder Bio-Bauernhof soll also gezwungen werden, Kartenzahlungen anzubieten. Diese Übergriffigkeit des Staates lehnen wir ab. Wir begrüßen deshalb das Vorhaben, ‚Nur Kartenzahlung'-Schilder zu untersagen.

Bargeld ist Freiheit! Das heißt auch: Jedes Unternehmen soll selbst entscheiden können, welche Zahlungsoptionen es gibt."
https://afd-fraktion-sachsen.de/nein-zum-digitalen-euro-nein-zur-schrittweisen-abschaffung-des-bargeldes/

CDU unterschätzt Clan-Kriminalität seit sieben Jahren!

CDU-Innenminister Armin Schuster ist der Meinung, Clan-Kriminalität spiele in Sachsen nur eine „untergeordnete Rolle".

Zugleich enthüllte die BILD-Zeitung, dass in Leipzig ein syrischer Clan mit 32 Kindern und mindestens 25 Enkeln sein Unwesen treibt. Zu diesem Clan zählt „King Bilal", der vier Menschen totfuhr.



Neben Drogengeschäften sorgen die syrischen Clans für die illegale Einschleusung von Landsleuten.

Dazu erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Carsten Hütter:

„Spätestens als der arabische Remmo-Clan im November 2019 mit einem Juwelendiebstahl aus dem Grünen Gewölbe die sächsische Regierung vor der ganzen Welt blamierte, hätte die CDU aufwachen müssen.

Fakt ist jedoch: Im Jahr 2025 kam es in Sachsen zu keiner einzigen Vermögensabschöpfung im Zusammenhang mit Clan-Kriminalität, obwohl die Schäden bis zu 20.000 Euro pro Einzelfall betrugen. Das ergab eine Kleine Anfrage von mir (Drs. 8/6607).

Fakt ist auch: Schwere Straftäter wie den Todesraser King Bilal und seine Halbbrüder hätte die Regierung schon längst nach Syrien abschieben müssen. Es ist ein absoluter Skandal, dass diese Drogenhändler auch noch Sozialleistungen absahnen.

Statt dieses Problem kleinzureden, erwarten wir, dass es endlich gelöst wird."
https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-unterschaetzt-clan-kriminalitaet-seit-sieben-jahren/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.8.2026

AfD-Anfrage: Nur 5 Prozent der linken Straftäter werden verurteilt!
Linksextremisten haben vor sächsischen Gerichten in den seltensten Fällen etwas zu befürchten. Im ersten Halbjahr 2026 wurden 290 Ermittlungsverfahren der „politisch motivierten Kriminalität – links“ (PMK links) eingestellt.



Zu rechtskräftigen Verurteilungen kam es nur in 15 Strafverfahren. Das sind rund fünf Prozent der Fälle. Unter den 15 Verurteilungen befindet sich zudem nur eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung.

Erfragt hat die Daten (Drs. 8/7636) der sicherheitspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Carsten Hütter.

Zu den Ergebnissen sagt er:

„Bundesweit gab es von 2024 zu 2025 einen Anstieg der linksmotivierten Kriminalität um 35,3 Prozent. In Sachsen stiegen die linken Gewalttaten von 100 auf 140, während es zu 84 rechten Gewalttaten kam. Jede Gewalttat ist eine zu viel.

Wer nun angesichts dieser Zahlen wie CDU-Innenminister Armin Schuster den Rechtsextremismus zur ‚prioritären Gefahr‘ erklärt, sendet ein fatales Signal der Einseitigkeit aus. Zum einen motiviert diese Einseitigkeit Linksextremisten zu weiteren Straftaten. Zum anderen führt diese Einseitigkeit dazu, dass für den Kampf gegen links weniger Personal bei den Sicherheitsbehörden zur Verfügung steht als für den Kampf gegen rechts.

Regelmäßig gibt es zudem selbst von der Regierungsbank Forderungen, Gewalt gegen Polizisten und Einsatzkräfte härter zu bestrafen. Das muss dann auch für Linksextremisten gelten. Wenn es – wie von mir abgefragt – nach 14 Taten immer noch lediglich zu Bewährungsstrafen kommt, dann fehlt jede abschreckende Wirkung.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-nur-5-prozent-der-linken-straftaeter-werden-verurteilt/

AfD deckt auf: 57 Prozent der ausländischen Ärzte haben 2026 Sprachprüfung nicht bestanden!
Wie eine Anfrage (Drs. 8/7746) der gesundheitspolitischen Sprecherin der sächsischen AfD-Fraktion, Katja Dietz, enthüllt, wurden im ersten Halbjahr 2026 insgesamt 416 Fachsprachenprüfungen für Ärzte durchgeführt.



232-mal handelte es sich um die Erstprüfung, „von denen 100 bestanden wurden“, so SPD-Sozialministerin Petra Köpping. „Die Durchfallquote lag (…) somit bei rund 57 Prozent.“

Eine weitere Anfrage von Katja Dietz (Drs. 8/7747) beschäftigt sich mit den Hauptherkunftsländern der Ärzte. Köpping nennt als die häufigsten Länder Syrien, die Ukraine, Russland, Indien und Ägypten.

Dazu erklärt Katja Dietz:

„Den Ärztemangel allein über Zuwanderung beheben zu wollen, ist falsch. Wir müssen zum Beispiel über eine Erhöhung der Landarztquote mehr kluge, sächsische Gymnasiasten für ein Medizinstudium begeistern und dafür zulassen.

Die hohe Durchfallquote der ausländischen Ärzte bei der Sprachprüfung ist ein Indiz dafür, dass sie bei weitem nicht so hochqualifiziert sind, wie von der Regierung behauptet.

Um alle Zweifel an ihren fachlichen Fähigkeiten auszuräumen, fordert die AfD für die Berufserlaubnis von Ärzten aus Drittstaaten den Abschluss des zweiten und dritten Staatsexamens in Deutschland. Bisher ist lediglich eine 60- bis 90-minütige Kenntnisprüfung erforderlich.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-deckt-auf-57-prozent-der-auslaendischen-aerzte-haben-2026-sprachpruefung-nicht-bestanden/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.8.2026

Haushalt: Regierung verprasst Steuergeld für Bürokratie, linke NGOs und Asylbewerber!
Zur Haushaltsdebatte im Sächsischen Landtag erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:



„Noch nie hat eine sächsische Staatsregierung geplant, so viel Geld auszugeben. Doch das einzig Rekordverdächtige an diesem Haushalt ist die Unfähigkeit der Regierung, richtige Prioritäten zu setzen, und mit dem hart verdienten Steuergeld unserer Bürger ordentlich zu haushalten.

Bei Rekord-Steuereinnahmen, einem zusätzlichen Sondervermögen des Bundes und den Kohle-Milliarden für den Strukturwandel darf es zu keiner Neuverschuldung kommen.

Insbesondere kritisieren wir den weiterhin ungebremsten Anstieg der Personalkosten auf über zehn Milliarden Euro pro Jahr, die noch einmal höheren Ausgaben für linksaktivistische NGOs und die Fortführung unnützer Agenturen wie der Sächsischen Energieagentur (SAENA).

Gekürzt wurde wieder einmal nur bei den Familien, während die Ausgaben für Asylbewerber – immerhin 1,1 Milliarden Euro – in der Höhe der letzten Jahre bestehen bleiben.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/haushalt-regierung-verprasst-steuergeld-fuer-buerokratie-linke-ngos-und-asylbewerber/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.8.2026

Sachsen erleidet Milliardenverlust: Wohnungsbau durch Steuersenkungen ankurbeln!
Laut dem Bau-Monitor des Pestel-Instituts hat Sachsen durch einen Einbruch beim Wohnungsbau „gut eine Milliarde Euro verloren“, fasst die Nachrichtenagentur dpa zusammen.



In Sachsen fehlen rund 20.000 Wohnungen. Die Baukrise sorgt zudem für geringere Einnahmen beim Staat. Ihm fehlen laut der Studie 194 Millionen Euro an Umsatzsteuer und 71 Millionen Euro an Grunderwerbsteuer.

Dazu erklärt Holger Hentschel, baupolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion:

„Die CDU von Ministerpräsident Michael Kretschmer hat sich von ihren linken Partnern zur Einführung einer Mietpreisbremse drängen lassen. Diese Mietpreisbremse bringt jedoch nichts. Wir sollten sie deshalb wieder abschaffen bzw. auslaufen lassen.

Die Mietpreise sind in den letzten Jahren derart gestiegen, weil die Bauordnung unglaublich bürokratisch ist, es eine Masseneinwanderung gab und weil viel zu wenige Wohnungen gebaut wurden. Gäbe es mehr Wohnungen, wären die Mieten niedriger. Der Preisanstieg liegt also am politischen Versagen.

Um den Wohnungsbau anzukurbeln, müssen diese Probleme gelöst werden. Die einfachste Maßnahme wäre dabei eine Senkung oder sogar Abschaffung der Grunderwerbsteuer. Die CDU hat diese Steuer in Sachsen von 3,5 auf 5,5 Prozent erhöht. Groteskerweise sind dadurch die Einnahmen gesunken.

Die AfD fordert, die Grunderwerbsteuer auf ein Prozent zu senken und sich im Bund dafür einzusetzen, sie ganz abschaffen zu dürfen. Eine solche Steuersenkung wird am Ende des Tages durch höhere Umsätze in der Bauwirtschaft zu steigenden Steuer-Einnahmen führen. Das heißt: Es ist eine Win-Win-Situation für alle zu erwarten. Mieter und Unternehmen profitieren davon.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/sachsen-erleidet-milliardenverlust-wohnungsbau-durch-steuersenkungen-ankurbeln/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.8.2026

AfD-Antrag: CO2-Steuer abschaffen!

Wie die FAZ berichtet, dürfte Deutschland 2026 trotz Milliardenausgaben das selbst aufgestellte „Klimaziel“ erstmals verfehlen. Im ersten Halbjahr 2026 gelang trotz hoher Öl- und Gaspreise nur eine Einsparung von zwei Prozent an CO2.



Dazu erklärt Jan Zwerg, energiepolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion:

„Ohne die Abwanderung unserer Industrie hätte sich bei den CO2-Emissionen überhaupt nichts getan. Das zeigt: Die CO2-Steuer hat ihr selbstgestecktes Ziel verfehlt.

Die CO2-Steuer bringt dem Klima überhaupt nichts, aber sie zieht unseren Bürgern und Unternehmen das Geld aus der Tasche.

Um unsere Bürger bei Tank- und Heizkosten zu entlasten und damit unsere Wirtschaft international wieder wettbewerbsfähig werden kann, müssen wir das ändern.

Die AfD-Fraktion fordert deshalb CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer mit einem neuen Antrag (Drs. 8/8181) zu einer Bundesratsinitiative zur Abschaffung der CO2-Bepreisung auf.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-co2-steuer-abschaffen/

AfD-Anfrage: Fleischuntersuchungsgebühr in Sachsen mehr als 30-mal höher als in Polen

In Polen kostet die Fleischuntersuchung eines Schweins 2,80 Euro. Wie eine neue Anfrage (Drs. 8/7753) des agrarpolitischen Sprechers der sächsischen AfD-Fraktion, Jörg Dornau, zeigt, sind es in Leipzig hingegen 87,37 Euro. Das ist mehr als 30-mal so hoch wie in Polen.



Der günstigste Landkreis in Sachsen ist Bautzen mit 19,55 Euro. Auch das ist noch siebenmal so hoch wie in Polen.

Darüber hinaus hat Jörg Dornau die Regierung gefragt (Drs. 8/7692), wann mit einer Umsetzung des mit AfD-Stimmen beschlossenen Antrags zur Senkung der Fleischuntersuchungsgebühren zu rechnen ist. Antwort der Regierung: Ein „verbindlicher Zeitrahmen“ sei „aktuell nicht darstellbar“.

Dazu erklärt Jörg Dornau:

„Statt Tempo zu machen, steht die Regierung bei der Senkung der Fleischuntersuchungsgebühren auf der Bremse. Es bringt jedoch nichts, die Gebühren erst dann zu senken, wenn alle Schlachtungen aus Kostengründen in Polen durchgeführt werden.

Wenn der Landtag einen Antrag beschließt, ist es Aufgabe der Regierung, ihn schnell umzusetzen. Es darf dabei keine Rolle spielen, ob der Antrag mit oder ohne AfD-Stimmen beschlossen wurde.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-fleischuntersuchungsgebuehr-in-sachsen-mehr-als-30-mal-hoeher-als-in-polen/

U-Ausschuss Corona – Unser Fazit: Chefarzt entlarvt Verlogenheit der Regierung!

Waren die Krankenhäuser und die Intensivstationen in der Corona-Zeit wirklich überlastet?



Waren Geimpfte seltener krank als Ungeimpfte? Und: War es wirklich notwendig, in Pflegeheimen eine totale Isolierung vorzunehmen, um – wie von der Regierung behauptet – Menschenleben zu retten?

Am 27. August 2026 sprach zu diesen Fragen Professor Dr. med. Henrik Ullrich vor dem von der AfD durchgesetzten Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag. Professor Ullrich ist Chefarzt für Diagnostische Radiologie an der Collm Klinik Oschatz.

Er sammelte insgesamt 560 Datensätze von Corona-Patienten seiner Klinik und konnte auf Basis der 30 ungeimpften Mitarbeiter der

Klinik Sinn und Unsinn der Impfkampagne der Regierung quasi „live“ beobachten. Ullrich selbst verweigerte auch eine Impfung – trotz des öffentlichen Drucks und der daraus resultierenden Diskriminierung der Ungeimpften.

Das Besondere an seiner Herangehensweise: Professor Ullrich gab sich nicht mit positiven Testergebnissen zufrieden. Er ist der Ansicht, dass stets eine körperliche Untersuchung notwendig ist, um festzustellen, ob jemand wirklich krank ist.

Seine daraus resultierenden Auskünfte haben es in sich:

1. Professor Ullrich bestreitet die Behauptung der Regierung eines „Handelns unter Unwissenheit“. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und SPD-Sozialministerin Petra Köpping hätten sich schließlich nur einmal anschauen müssen, wie die Situation in der Klinik in Oschatz wirklich war. Das haben sie nach Auskunft von Ullrich nicht gemacht.

2. Wie war denn nun die Situation? Laut Professor Ullrich lag die Auslastung seiner Klinik in der Corona-Zeit in der Regel zwischen 40 und 80 Prozent. Eine dauerhafte Überlastung habe es nie gegeben. Die Situation sei vergleichbar mit früheren Erkältungssaisons gewesen.

3. Zu denken geben sollte der hohe Anteil an Geimpften unter den Corona-Erkrankten. Währenddessen seien die ungeimpften Mitarbeiter der Klinik seltener krank ausgefallen als die geimpften. Laut Professor Ullrich hatten die ungeimpften, genesenen Mitarbeiter einen hohen Immunstatus. Der Nutzen der Impfung erscheint folglich als wenig plausibel, um es diplomatisch auszudrücken. Trotzdem wurden die ungeimpften Mitarbeiter derart diskriminiert, so dass schließlich einige Krankenschwestern sogar ihren Beruf aufgaben.

4. Anhand der erhobenen Daten ließe sich keine Übersterblichkeit feststellen, so Professor Ullrich. Nach seiner subjektiven Wahrnehmung seien jedoch Hirnblutungen nach der Impfung häufiger aufgetreten. Es wäre deshalb angemessen gewesen, Impfschäden genauer zu untersuchen, was nicht geschah.

Professor Ullrich informierte sowohl die Leitung seines Hauses als auch die Politik, z.B. den damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), über die Ergebnisse der Auswertung seiner klinischen Daten.

Eine Änderung der Maßnahmenpolitik hatte das nicht zur Folge. Niemand aus der Regierung kann also behaupten, er hätte es nicht besser wissen können!
https://afd-fraktion-sachsen.de/u-ausschuss-corona-unser-fazit-chefarzt-entlarvt-verlogenheit-der-regierung/

Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:
https://www.afd.de/presse/

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:
https://afdbundestag.de/presse/



Sie sind Unternehmer und führen Ihr eigenes Unternehmen?

Jetzt anmelden zum 2. Wirtschaftsgipfel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag am 10. September 2026!

Seit unserem erfolgreichen ersten Wirtschaftsgipfel 2024 hat sich die Lage der deutschen Wirtschaft weiter dramatisch zugespitzt. Steigende Belastungen, wachsende Bürokratie, untragbare Energiekosten und ein zunehmend standortfeindliches politisches Klima setzen Unternehmen jeder Größe unter enormen Druck.

Deutschland braucht jetzt Persönlichkeiten wie Sie: Menschen, die Verantwortung übernehmen, den Niedergang nicht hinnehmen, sondern sich ihm widersetzen und bereit sind, ihre Erfahrung, ihre Stimme und ihre unternehmerische Kraft einzubringen.

Deshalb laden wir Sie herzlich zum Wirtschaftsgipfel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ein.

Anmeldung und weitere Informationen unter:
https://afdbundestag.de/veranstaltung/2-unternehmertag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“
Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen.
Link: https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Was Merz Dir nicht erzählt …
In einer RTL-Bürgerrunde versuchte Bundeskanzler Merz (CDU), seine früheren Aussagen über das veränderte Stadtbild und die damit verbundene Kriminalität zu relativieren. Nachdem er im Oktober 2025 noch betont hatte, man solle die eigenen Töchter zur Lage im öffentlichen Raum befragen, redete er sich nun auf angeblich verwahrloste und vermüllte Innenstädte heraus. Zugleich verteidigte der Kanzler gegenüber enttäuschten Bürgern Kürzungen beim Elterngeld und erteilte der geforderten Zusammenarbeit mit der AfD erneut eine strikte Absage.

Dieses Ausweichmanöver zeigt die ganze Hilflosigkeit der Union. Die CDU hat dieses Land seit 2015 mit ihrer verfehlten Migrationspolitik tiefgreifend verändert und genau jenes Stadtbild geschaffen, unter dem die deutschen Bürger heute täglich leiden müssen. Statt die massiven Sicherheitsprobleme beim Namen zu nennen und die eigene Mitverantwortung einzugestehen, flüchtet sich die unionsgeführte Bundesregierung in billige Ausreden über Straßenmüll. Die Sorgen der Familien und Leistungsträger werden ignoriert, während man das Land im Bündnis mit der SPD weiter sehenden Auges abwirtschaftet.

Es braucht keine Ausflüchte mehr, sondern eine sofortige und umfassende Wende in der Asylpolitik. Die AfD fordert den lückenlosen Schutz der deutschen Staatsgrenzen, die sofortige Abschiebung aller Ausreisepflichtigen sowie ein Ende der ideologischen Brandmauern im Parlament.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1587909159371393&set=a.797289411766709

Ministerien reduzieren!
"Inklusive der Staatskanzlei umfasst die aktuelle Landesregierung neun Mitglieder im Ministerrang. Das muss nicht sein. Unser Bundesland kann auch mit weniger Ministerien gut verwaltet werden. Die Erfahrung lehrt, dass viele Ministerien keinen Mehrwert für die Bürger bringen und oft nur der Versorgung treuer Parteisoldaten mit gut besoldeten, prestigeträchtigen Posten dienen. Wir werden mit dieser Tradition brechen und die Anzahl der Ministerien reduzieren."



https://www.facebook.com/photo?fbid=1587801606048815&set=a.797289411766709



Mario bleibt Kartellchef!
Das Kartell hat heute den Plagiator Mario Voigt im Amt bestätigt.

Die Beutegemeinschaft aus CDU, SPD, BSW und Linken hat sich total verpanzert.

Was bleibt?

Das BSW hat heute die Totenglocke für die Gesamtpartei geläutet, und Voigt wird als nie da gewesene Kombination aus Pattex und Teflon in die Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1895935935163380&set=a.599798821443771

Deutsch denken!
"Die Landesregierung betreibt unter dem Titel **#moderndenken** eine Imagekampagne, die versucht, aus dem Bauhaus die Identität des Landes Sachsen-Anhalt abzuleiten.
Dabei war gerade diese Architekturschule immer bestrebt, jedes Anzeichen von nationaler Verwurzelung zu vermeiden. Die AfD Sachsen-Anhalt setzt dem eine **#deutschdenken**-Kampagne entgegen, die darauf hinweist, dass Sachsen-Anhalt Wesentliches zur Entwicklung der deutschen Nation beigetragen hat. Unsere Kampagne **#deutschdenken** wird die schönsten Beispiele deutscher Geschichte, die Sachsen-Anhalt zu bieten hat, verknüpfen und selbstbewusst herausstellen. Weiterhin werden wir dafür sorgen, dass die Behörden die bewährte Orthographie befolgen, keine speziellen Genderschreibweisen."



Alle Punkte unseres Regierungsprogramms können Sie hier finden: **https://afd-regierungsprogramm.de**
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1586962446132731&set=a.797289411766709



Deutschland hat von dieser Koalition nichts mehr zu erwarten!
„Diese Koalitionsklausur erinnert an absurdes Theater. Der Kanzler ergeht sich in wolkigen Schönrednereien über Innovationen, Künstliche Intelligenz und Wachstum, während der Vizekanzler sich hinter rhetorischen Nebelwänden neue Konsumsteuern ausdenkt, um die Bürger noch härter abzukassieren. Ein mikroskopisches Wirtschaftswachstum, das in Wahrheit mit gigantischen Schuldenbergen teuer erkauft ist, preist Friedrich Merz der Öffentlichkeit allen Ernstes als ‚Aufschwung' an.

Auf dringend notwendige Strukturreformen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Streichung überflüssiger Staatsausgaben warten Bürger und Unternehmen weiter vergebens. Statt für eine Rückkehr zur Vernunft in der Energiepolitik und für sinkende Energiepreise zu sorgen, biedert sich Friedrich Merz mit weltfremder ‚Klimaschutz'-Rhetorik bei den grünen Ideologen der Deindustrialisierung an.
Diese Koalition lebt in einer Scheinwelt. Die ideologiegetriebene Energie- und Klimapolitik ruiniert unser Land. Sie treibt die Energiepreise in die Höhe, vernichtet unsere Industrie und nimmt den Bürgern die Freiheit. Statt diesen Irrweg zu beenden, will Schwarz-Rot immer noch mehr vom Falschen. Klima-Ideologie und Sommerhitze müssen als Ausrede für die Forcierung des Niedergangs durch neue Ausgabenorgien herhalten, heraufbeschworene Bedrohungsszenarien dienen als Vorwand für fragwürdige Geheimdienstpläne.

Auf die echten und dringenden Herausforderungen durch Massenmigration, Teuerung und Industrieabwanderung hat die Klingbeil-Merz-Regierung nach wie vor keine Antworten, sondern nur die immergleichen Phrasen. Nach einem ganzen verloren Jahr wird es auch 2026 keinen ‚Herbst der Reformen' geben. Diese Regierung ist genauso dysfunktional wie reformunwillig. Deutschland hat von dieser Koalition nichts mehr zu erwarten."
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1622275175928340&set=a.818190173003515



Lächerlich! Baerbock kein Vorbild!

„Annalena Baerbock steht aus unserer Sicht wie kaum eine andere deutsche Außenministerin für eine ideologisierte Außenpolitik, die moralische Selbstinszenierung über nüchterne Interessenpolitik gestellt hat. Ihre Amtszeit war geprägt von diplomatischen Fehltritten, beschädigten Beziehungen zu wichtigen Partnern und einer Außenpolitik, die deutsche Interessen regelmäßig hinter vermeintlichen weltpolitischen Erziehungsaufträgen zurückstellte.

Auch als Präsidentin der UN-Generalversammlung setzt sich diese Bilanz fort. Erst jüngst ehrte sie einen UNRWA-Mitarbeiter, der nach veröffentlichten Erkenntnissen zugleich Hamas-Kommandeur gewesen ist.

Was Studenten ausgerechnet von dieser Bilanz über ‚Global Leadership' lernen sollen, bleibt das Geheimnis der Columbia University. Auch eine Professur macht aus einer schlechten außenpolitischen Bilanz keine gute. Die AfD-Bundestagsfraktion steht für das Gegenteil ihrer außenpolitischen Linie: nationale Interessen, Realismus und Diplomatie statt Ideologie und moralische Selbstüberhöhung."

Markus Frohnmaier - AfD, außenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, zur Berufung der früheren Bundesaußenministerin Annalena Baerbock als Professor of Professional Practice an die Columbia University.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1622127849276406&set=a.818190173003515

Briefwahl zur absoluten Ausnahme machen!



In Magdeburg ist es im Vorfeld der Wahl zu einer gravierenden Panne gekommen: Insgesamt 440 Bürger haben ihre Briefwahlunterlagen doppelt zugesendet bekommen, da Wahlscheine versehentlich zweifach gedruckt und verschickt wurden. Das städtische Wahlamt erklärte die doppelten Dokumente für ungültig und informierte die Landeswahlleitung. Die Betroffenen sollen nun neue Unterlagen mit eindeutiger Wahlscheinnummer erhalten und die alten Scheine selbst entsorgen. Laut Stadt bleibe die Integrität der Wahl gewahrt und Mehrfachabstimmungen seien ausgeschlossen.

Während Parteien wie CDU und SPD unablässig zur Briefwahl aufrufen, offenbaren derartige Vorfälle die gravierenden Schwachstellen dieses Verfahrens. Wenn hunderte Wahlscheine doppelt im Umlauf sind, schwindet das Vertrauen der Bürger in einen ordnungsgemäßen Ablauf. Solche behördlichen Pannen sind unverantwortlich und werfen ein dubioses Licht auf die Wahlorganisation, da nachträgliche Sperrlisten die entstandene Verunsicherung und berechtigte Zweifel kaum vollständig ausräumen können.

Freie und gleiche Wahlen sind das Fundament der Demokratie und dürfen keinesfalls durch behördliche Nachlässigkeiten gefährdet werden. Die fehleranfällige Briefwahl muss daher wieder

auf das verfassungsrechtlich vorgesehene Minimum für echte Ausnahmefälle beschränkt werden. Der sicherste Schutz gegen Unregelmäßigkeiten, Fehler und Misstrauen bleibt die persönliche Stimmabgabe direkt an der Wahlurne im Wahllokal am Wahlsonntag.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1586303019532007&set=a.797289411766709



Das System Baerbock
Von der schlechtesten Außenministerin der Welt zur Professorin an einer Elite-Universität: Sie hat den Wortsalat zur Kunstform erhoben und vereinte Diplomaten rivalisierender Großmächte in vernichtender Kritik: US-Botschafterin Jennifer Locetta warf Annalena Baerbock »Kompetenzüberschreitung«, »Heuchelei« und »unverantwortliches« Handeln vor und attestierte ihr eine unangemessene Selbstinszenierung als »diplomatischer Superstar«.

Der »Bacon of Hope« der »Feministischen Außenpolitik« darf nun »Global Leadership« an der Columbia-Universität lehren. An der akademischen Laufbahn der selbsternannten »Völkerrechtlerin« kann es kaum liegen: Vordiplom, LL.M., kein Staatsexamen, abgebrochene Promotion. Für den Bundestagswahlkampf bedurfte es noch eines geschönten Lebenslaufs. Dafür wurde sie durch politische Netzwerke für ihre künftige Rolle aufgebaut: Heinrich-Böll-Stiftung, Marshall Memorial Fellowship des German Marshall Fund und Young Global Leaders des WEF.

Und sie hatte den richtigen Ehemann: Daniel Holefleisch leitete in der grünen Bundesgeschäftsstelle den Bereich Unternehmenskontakte und Fundraising – also genau jene Schnittstelle, an der Partei, Geldgeber, Lobby und professionelle Kommunikation zusammentreffen. Nachdem diese Karriereleiter ausgedient hatte, zog es Baerbock als »Gossip Girl« nach New York.

Am Fall Helga Schmid zeigte sie, wie »feministische Karrierepolitik« funktioniert: Die erfahrene Spitzendiplomatin war für den Vorsitz der UN-Generalversammlung vorgesehen, mußte ihren Platz aber für die politisch erwünschtere Kandidatin räumen.

Finanziell lohnt sich das Netzwerk: rund 975.000 Euro aus Ministeramt und parallelen Diäten, schätzungsweise 205.000 bis 218.000 Euro für das vom deutschen Steuerzahler finanzierte UN-Jahr und voraussichtlich bis zu 240.000 Euro jährlich bei Columbia. Für die erwartete Gesamtsumme von bis zu 1,91 Millionen Euro müßte ein Durchschnittsverdiener fast 38 Jahre arbeiten – ohne einen Cent auszugeben.

Auf dem freien Markt muß man Können beweisen. Im internationalen Funktionärsmilieu genügen die richtigen Kontakte. Dilettantismus gilt dort nicht als Makel, sondern als »Erfahrung«. Früher hieß es: Leistung muß sich lohnen. Heute gilt: »Beziehungen« sind lukrativer.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1222390263325692 72&set=a.122093696864569272

Schwarz-Rot-Gold statt Regenbogen!



"Die Regenbogenflagge steht nicht für die Rechte Homosexueller, sie steht für die Entwertung der Familie und der tradierten gesellschaftlichen Normalität. Dergleichen hat an Schulen nichts verloren. Die Schule muss den Kindern die normale Familie bestehend aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen, als Vorbild vermitteln. Außerdem soll die Schule die Kinder im Geist der Liebe zu Volk und Heimat erziehen. Wir werden deshalb das schuloffizielle Zeigen der Regenbogenflagge untersagen und stattdessen dafür sorgen, dass an öffentlichen Schulen an jedem Schultag die Bundesflagge weht."

Alle Punkte unseres Regierungsprogramms können Sie hier finden: **https://afd-regierungsprogramm.de**
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1586140782881564&set=a.797289411766709



Absurde Zuckersteuer sofort abschaffen!

Bundeskanzler Merz (CDU) setzt gegen frühere Versprechungen eine neue Abgabe auf Getränke durch: die sogenannte Zuckersteuer. Diese Einnahmen kommen jedoch nicht den Krankenkassen zugute, sondern fließen direkt in das Finanzministerium von Klingbeil (SPD). Zudem erfasst die Steuer keineswegs nur gezuckerte Erzeugnisse: Auch zuckerfreie Zero-Softdrinks, abgefüllte Saftschorlen, Mischbiere wie Radler sowie alkoholfreie Biere werden künftig mit der staatlichen Sonderabgabe belegt und dadurch spürbar verteuert.

Dieser Schritt offenbart das Ausmaß, in dem die Bundesregierung die Bürger schröpft und für dumm verkauft. Anstatt im Staatshaushalt endlich zu sparen, erfindet die Koalition absurde neue Belastungen, um ihre leeren Kassen aufzufüllen. Dass ausgerechnet kalorienfreie Getränke unter dem Vorwand von Erziehung besteuert werden, entlarvt das Vorgehen als reine Täuschung. Während Wasser und Fruchtsaft steuerfrei bleiben, wird die Schorle besteuert – ein Irrsinn ohne jede Logik.

Diese schamlose Politik beutet die Bürger bis auf den letzten Cent aus und zerstört jedes Vertrauen. Das Leben der Menschen wird künstlich verteuert, nur damit die Regierung mehr Geld ausgeben kann, anstatt endlich sparsam zu haushalten. Die Alternative für Deutschland verurteilt diesen unverschämten Griff in die Taschen der Steuerzahler und fordert die sofortige, vollständige Abschaffung dieser widersinnigen Zuckersteuer.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1585477692947873&set=a.797289411766709

Asylbewerber zur Arbeit verpflichten
"Wir werden Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit nach §5 Absatz 4 Asylbewerberleistungsgesetz verpflichten und im Falle einer Arbeitsverweigerung Leistungseinschränkungen vornehmen. Da eine Voraussetzung dafür die zentrale Unterbringung ist, werden wir danach streben, so viele Asylbewerber wie möglich zentral unterzubringen. Die Unterbringung im Heim muss der Regelfall sein, die Unterbringung in Privatwohnungen muss die Ausnahme bleiben."



https://www.facebook.com/photo?fbid=1583595609802748&set=a.797289411766709

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Sachsen-Anhalt | Neue Umfrage sieht AfD 22 Prozentpunkte vor der CDU
https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/neue-umfrage-sieht-afd-22-prozentpunkte-vor-der-cdu/

Uli gibt Vollgas: Tausende bei Wahlkampf-Endspurt!
https://www.compact-online.de/uli-gibt-vollgas-tausende-bei-wahlkampf-endspurt/

Langjähriger CDU-Kommunalpolitiker wechselt zur AfD
https://regionalheute.de/gifhorn/langjaehriger-cdu-kommunalpolitiker-wechselt-zur-afd-gifhorn-1787574456/

Nach Vorwürfen aus Zeit als DDR-Grenzoffizier: Co-GdP-Chef Sven Hüber tritt zurück
https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-vorwurfen-aus-zeit-als-ddr-grenzoffizier-polizeigewerkschafter-sven-huber-tritt-zuruck-15982491.html

Sachsen-Anhalt | Polizei bereitet sich auf Straßenkämpfe im Falle eines AfD-Wahlsiegs vor
https://apollo-news.net/polizei-bereitet-sich-auf-straenkmpfe-im-falle-eines-afd-wahlsiegs-vor/

AfD liegt im ganzen Osten jetzt bei 43 Prozent
https://jungefreiheit.de/allgemein/2026/afd-liegt-im-ganzen-osten-jetzt-bei-43-prozent/

Verdacht auf gefälschten Bundestagsausweis: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Linken-Abgeordneten Koçak
https://nius.de/kriminalitaet/verdacht-auf-gefaelschten-bundestagsausweis-staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-linken-abgeordneten-kocak

Spreken berlins Pulizisten nix gut deutsch mehr?
https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/spreken-berlins-pulizisten-nix-gut-deutsch-mehr/

Nach Misstrauensvotum: Voigt, Mann der Linken
https://www.compact-online.de/nach-misstrauensvotum-voigt-mann-der-linken/

„Werde mich nicht klein machen lassen“ – AfD scheitert in Thüringen mit Misstrauensvotum gegen Voigt
https://www.welt.de/politik/deutschland/article6a914371009bbca54925b209/thueringen-afd-scheitert-mit-misstrauensvotum-gegen-voigt.html

Russland lässt international nach FAZ-Journalisten fahnden
https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-08/russland-faz-korrespondent-michael-martens-fahndung-haftbefehl-gxe

«Die Brandmauer bricht uns das Genick»
https://www.compact-online.de/die-brandmauer-bricht-uns-das-genick/

Video-Empfehlungen

AfD-Chefin Weidel siegessicher: "Wir werden regieren" | ZDF-Sommerinterview 23.8.2026
https://www.youtube.com/watch?v=mobuQ1lJfs8

„Frag Selbst“ im ARD-Sommerinterview mit Tino Chrupalla
https://www.youtube.com/watch?v=la6tEB6vjbY

MACHT. MENSCH. SIEGMUND. — Das große DK-Porträt über Ulrich Siegmund
https://deutschlandkurier.de/2026/08/macht-mensch-siegmund-das-grosse-dk-portraet-ueber-ulrich-siegmund/

Das Duell – Sven Schulze vs. Ulrich Siegmund
https://www.ardmediathek.de/video/fakt-ist/das-duell-sven-schulze-und-ulrich-siegmund/mdr/Y3JpZDovL21kci5kZS9iZWl0cmFnL2Ntcy8wNjc2M2U2YS0yOTAxLTRhMDctODkzOS1iZDllNDkxNThmZjk

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV
https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos

Wochenendpodcast der AfD
https://afdkompakt.de/podcast/

AfD im EU-Parlament
https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos

Unabhängige Medien

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen
https://auf1.tv/

Radio Klartext
https://www.youtube.com/@radioklartext

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft
https://kontrafunk.radio/de/

NIUS – Die Stimme der Mehrheit
https://nius.de/

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung
https://ostdeutscheallgemeine.com/

Deutschland-Kurier
https://deutschlandkurier.de/

{ungeskriptet} by Ben
https://www.youtube.com/@ben_ungeskriptet

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen
www.afdbautzen.de/
www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB
www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL
www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL
www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL
www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53
www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz
instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen
www.facebook.com/AfDstadtbautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda
www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz
www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde
www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda
www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz
www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg
www.facebook.com/groups/465255757689215/

Regionalgruppen im KV Bautzen



Regionalgruppenleiter:

WK 52: Frank Peschel
WK 53: Thorben Kreische
WK 54: Timo Schreyer
WK 55: Jonas Pietschmann
WK 56: Nicole Scharpe

Stand: 7. Juli 2026

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

***

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de

Alternative für Deutschland

AfD-Kreisverband Bautzen